

Moritz Rieckhoff

Innerparteiliche Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse in der Bundes-SPD im Spiegelbild ihrer medialen Darstellung

Eine Medieninhaltsanalyse am Beispiel von drei meinungsbildenden deutschen Tageszeitungen



disserta
Verlag

Moritz Rieckhoff

Innerparteiliche Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse in der Bundes-SPD im Spiegelbild ihrer medialen Darstellung: Eine Medieninhaltsanalyse am Beispiel von drei meinungsbildenden deutschen Tageszeitungen

ISBN: 978-3-95425-087-5

Herstellung: disserta Verlag, Hamburg, 2015

Covermotiv: © laurine45 – Fotolia.com

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdrucks, des Vortrags, der Entnahme von Abbildungen und Tabellen, der Funksendung, der Mikroverfilmung oder der Vervielfältigung auf anderen Wegen und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Eine Vervielfältigung dieses Werkes oder von Teilen dieses Werkes ist auch im Einzelfall nur in den Grenzen der gesetzlichen Bestimmungen des Urheberrechtsgesetzes der Bundesrepublik Deutschland in der jeweils geltenden Fassung zulässig. Sie ist grundsätzlich vergütungspflichtig. Zuwiderhandlungen unterliegen den Strafbestimmungen des Urheberrechtes.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Die Informationen in diesem Werk wurden mit Sorgfalt erarbeitet. Dennoch können Fehler nicht vollständig ausgeschlossen werden und der Verlag, die Autoren oder Übersetzer übernehmen keine juristische Verantwortung oder irgendeine Haftung für evtl. verbliebene fehlerhafte Angaben und deren Folgen.

© disserta Verlag, ein Imprint der Diplomica Verlag GmbH
<http://www.disserta-verlag.de>, Hamburg 2015

Abkürzungsverzeichnis	8
Abbildungsverzeichnis	9
1 Einleitung	11
2 Untersuchungsrahmen	15
2.1 Fragestellung	15
2.2 Begründungszusammenhang	16
2.2.1 Demokratietheoretische Ansätze	17
2.2.2 Drei Konzepte innerparteilicher Demokratie	19
2.2.3 Drei Organisationsmodelle von Parteien	22
2.2.3.1 Michels: Das „eherne Gesetz der Oligarchie“	22
2.2.3.2 Eldersveld: Das „Stratarchie-Modell“	24
2.2.3.3 Wiesendahl: Die Partei „als lose verkoppelte, organisierte Anarchie“	25
2.2.4 Rahmenbedingungen	28
2.2.4.1 Verfassungsrechtliche Aspekte innerparteilicher Demokratie	29
2.2.4.2 Der Organisationsaufbau der Parteien	31
2.2.4.3 Politische Parteien als Organisationen	34
2.2.4.4 Partei als Organisation von freiwilligen Sympathisanten	36
2.2.4.5 Die Mitglieder der Parteien	37
2.2.4.6 Die Parteiführung	39
2.2.5 Forschungsstand: Innerparteiliche Willensbildung in der politikwissenschaftlichen Diskussion	41
2.2.6 Forschungslücke	46
2.2.7 Konzeptspezifikation	49
2.2.7.1 Konzept 1: Das „eherne Gesetz der Oligarchie“	49
2.2.7.2 Konzept 2: Das Stratarchie-Modell	49
2.2.7.3 Konzept 3: Das Modell der „lose verkoppelten, organisierten Anarchie“	50
2.2.7.4 Konzept 4: Innerparteiliche Willensbildung	51
2.2.7.5 Konzept 5: Der Idealtyp innerparteilicher Demokratie	53
2.3 Methode: Inhaltsanalyse	53
2.3.1 Gegenstand und Ziel	53
2.3.2 Inhaltsanalyse in der Praxis	55
2.4 Medienauswahl	58

2.4.1	Printmedien	58
2.4.2	Die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ).....	61
2.4.3	Die Westdeutschen Allgemeine Zeitung (WAZ).....	61
2.4.4	Die BILD-Zeitung (<i>Bild</i>)	62
2.4.5	Begründung: Warum diese Stichprobe?	63
3	Zwischenfazit	65
4	Analyse: Ablauf und Aufbau	67
4.1	Materialbeschaffung	67
4.2	Artikelauswahl.....	68
4.3	Analyseeinheiten	69
4.4	Entwicklungsphase: Definition des Kategoriensystems	69
4.4.1	Konzeptualisierung der inhaltlichen Kategorien	74
4.4.2	Konzeptualisierung der Kategorienausprägungen	75
4.5	Anwendungsphase: Reliabilitätstest und Codierung	75
4.6	Auswertungsphase: Datentransformation	77
4.7	Zwei Untersuchungszeiträume	77
4.7.1	Untersuchungszeitraum 1: Gegenstand der medialen Berichterstattung	78
4.7.2	Untersuchungszeitraum 2: Gegenstand der medialen Berichterstattung	79
5	Analyse: Ergebnisdarstellung	81
5.1	Analyse: Ergebnisdarstellung - Teil 1	81
5.1.1	Intensität der Berichterstattung: Die Artikelstruktur	83
5.1.2	Intensität der Berichterstattung: Die Aussagenstruktur	86
5.1.3	Zwischenfazit: FAZ setzt die Maßstäbe	90
5.1.4	Die Aussagenstruktur der Medientitel nach Tagen.....	91
5.1.5	Platzierung und Darstellungsform der Aussagen: Ressort, Bedeutung und journalistische Darstellungsform	94
5.1.6	Fazit: Personalisiert, meinungsbetont und analytisch.....	99
5.1.7	Die Urheberstruktur der Aussagen	100
5.1.8	Die Themenstruktur der Aussagen	103
5.2	Analyse: Ergebnisdarstellung- Teil 2	105
5.2.1	„Oligarchie“ oder „lose verkoppelte Anarchie“? Die Organisations- anatomie der SPD im Spiegelbild der Medienberichterstattung.....	106
5.2.2	Die Organisationsanatomie der SPD nach der Berichterstattung in der <i>Bild</i>	107
5.2.3	Die Organisationsanatomie der SPD nach der Berichterstattung in der <i>WAZ</i>	109

5.2.4	Die Organisationsanatomie der SPD nach der Berichterstattung in der <i>FAZ</i>	111
5.2.5	Gesamtergebnis: Drei Mal „Stratarchie/Anarchie“ mit „Oligarchie-Einschlag“	114
5.2.6	Ergebnisinterpretation und Fazit.....	116
5.3	Analyse: Ergebnisdarstellung- Teil 3	118
5.3.1	Basisdemokratisch oder elitenzentriert? Die Einflussmöglichkeiten der Parteibasis auf die innerparteiliche Willensbildung	118
5.3.2	Vergleich der Kategorie „Innerparteiliche Willensbildung“ mit der Kategorie „Oligarchie-Modell“	120
5.3.3	Vergleich der Kategorie „Innerparteiliche Willensbildung“ mit der Kategorie „Stratarchie/Anarchie-Modell“	121
5.3.4	Vergleich der Kategorie „Innerparteiliche Willensbildung“ mit der Kategorie „Idealmodell innerparteilicher Demokratie“	122
5.3.5	Gesamtergebnis.....	123
5.3.6	Ergebnisinterpretation und Fazit.....	123
6	Schlussbetrachtung	127
	Codebuch.....	131
	Reliabilitätstest	159
	Anhang	161
	Literaturverzeichnis.....	261

Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
Art.	Artikel
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949
Hrsg.	Herausgeber
hrsg.	herausgegeben
PartG	Parteiengesetz, Gesetz über die politischen Parteien vom 24. Juli 1967
UZ 1	Untersuchungszeitraum 1
UZ 2	Untersuchungszeitraum 2
WAZ	Westdeutsche Allgemeine Zeitung
§	Paragraph
§§	Paragraph von - bis

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1	Willensbildung nach dem Parteistatut der SPD.....	31
Abb. 2	Klassifizierung der SPD-Politiker nach dem höchsten parteiinternen Amt in UZ 1 und UZ 2.....	72
Abb. 3	Verteilung aller Artikel auf UZ 1 und UZ 2 in prozentualen Häufigkeiten	83
Abb. 4	Verteilung aller Artikel nach Zeitungen in UZ 1, UZ 2 und Gesamt in absoluten Häufigkeiten	85
Abb. 5	Verteilung aller Aussagen auf die Untersuchungszeiträume in prozentualen Häufigkeiten	86
Abb. 6	Verteilung aller Aussagen nach Zeitungen in beiden Untersuchungszeiträumen in absoluten Häufigkeiten	87
Abb. 7	Vergleich der Artikelstruktur mit der Aussagenstruktur nach Untersuchungszeiträumen in prozentualen Häufigkeiten.....	88
Abb. 8	Vergleich der Artikelstruktur mit der Aussagenstruktur nach Medientiteln in UZ 1 in absoluten Häufigkeiten.....	89
Abb. 9	Vergleich der Artikelstruktur mit der Aussagenstruktur nach Medientiteln in UZ 2 in prozentualen Häufigkeiten	90
Abb. 10	Verteilung der Aussagen auf alle Medientitel nach Tagen in UZ 1 und UZ 2.....	94
Abb. 11	Verteilung der Aussagen auf alle Medientitel nach Ressort in UZ 1 und UZ 2.....	96
Abb. 12	Verteilung der Aussagen auf alle Medientitel nach Platzierung des Beitrags (Bedeutsamkeit) in UZ 1 und UZ 2	97
Abb. 13	Verteilung der Aussagen auf alle Medientitel nach journalistischer Darstellungsform in UZ 1 und UZ 2.....	98
Abb. 14	Die Urheberstruktur der Aussagen Zeitungen übergreifend in absoluten Häufigkeiten	102
Abb. 15	Die Themenstruktur der Aussagen nach Tageszeitungen in absoluten Häufigkeiten	104
Abb. 16	Verteilung aller Aussagen aus der Berichterstattung der Bild auf das Oligarchie-Modell und das Stratarchie/Anarchie- Modell in prozentualen Häufigkeiten.....	107
Abb. 17	Verteilung aller Aussagen auf die Merkmale des Oligarchie-Modells in prozentualen Häufigkeiten (Bild)	108
Abb. 18	Verteilung aller Aussagen auf die Merkmale des Stratarchie/Anarchie-Modells in prozentualen Häufigkeiten (Bild)	109
Abb. 19	Verteilung aller Aussagen aus der Berichterstattung der WAZ auf das Oligarchie-Modell und das Stratarchie/Anarchie- Modell in prozentualen Häufigkeiten.....	109
Abb. 20	Verteilung aller Aussagen auf die Merkmale des Oligarchie-Modells in prozentualen Häufigkeiten (WAZ)	110
Abb. 21	Verteilung aller Aussagen auf die Merkmale des Stratarchie/Anarchie-Modells in prozentualen Häufigkeiten (WAZ).....	111

Abb. 22	Verteilung aller Aussagen aus der Berichterstattung der FAZ auf das Oligarchie-Modell, das Stratarchie/Anarchie-Modell und das Idealmodell innerparteilicher Demokratie in prozentualen Häufigkeiten.....	112
Abb. 23	Verteilung aller Aussagen auf die Merkmale des Oligarchie-Modells in prozentualen Häufigkeiten (FAZ).....	113
Abb. 24	Verteilung aller Aussagen auf die Merkmale des Stratarchie/Anarchie-Modells in prozentualen Häufigkeiten (FAZ)	113
Abb. 25	Verteilung aller Aussagen auf das Oligarchie-Modell, das Stratarchie/Anarchie-Modell und das Idealmodells innerparteilicher Demokratie in absoluten Häufigkeiten (Zeitungen übergreifend)	114
Abb. 26	Verteilung aller Aussagen auf die Merkmale des Oligarchie-Modells, des Stratarchie/Anarchie-Modells und des Idealmodells innerparteilicher Demokratie in absoluten Häufigkeiten (Zeitungen übergreifend).....	115
Abb. 27	Verteilung der Aussagen auf die Kombinationsmöglichkeiten der Merkmale der Kategorien Innerparteiliche Willensbildung und Oligarchie-Modell.....	121
Abb. 28	Verteilung der Aussagen auf die Kombinationsmöglichkeiten der Merkmale der Kategorien Innerparteiliche Willensbildung und Stratarchie/Anarchie-Modell...	122
Abb. 29	Verteilung der Aussagen auf die Kombinationsmöglichkeiten der Merkmale der Kategorien Innerparteiliche Willensbildung und Idealmodell innerparteilicher Demokratie.....	122

1 Einleitung

„Von der Demokratisierung der Parteien hängt die Zukunft des modernen demokratischen Parteienstaates und damit überhaupt das Schicksal der Demokratie ab“

Gerhard Leibholz

Für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands war die Wahl zum 17. deutschen Bundestag am 27. September 2009 ein dramatischer Einschnitt. In den Wochen nach der Wahl nahm die „Agenda 2010“ in der medialen Aufarbeitung des Wahlsonntags bei der Ursachenzuschreibung für die Wahlniederlage eine dominante Rolle ein. Schlagwörter wie „Hartz IV“ oder die „Rente mit 67“ skizzieren zumindest oberflächlich die Ursachen für das Wahldesaster der einstigen Arbeiterpartei. Für das Erkenntnisinteresse der vorliegenden Arbeit waren diese medial viel diskutierten und öffentlich leicht darstellbaren Erklärungen für die am Wahlabend sichtbar gewordene Ohnmacht der Sozialdemokraten nicht relevant. Stattdessen lieferte die in den ersten Januarwochen diesen Jahres in der SPD aufkommende Debatte über die Erneuerung der Organisationsstrukturen, die in den Massenmedien schnell mit dem Begriff „Partei-reform“ etikettiert wurde¹, die Vorlage für die Erstellung dieser Arbeit. „Gabriel wagt mehr Demokratie“², so lautete am 13. Januar des laufenden Jahres eine der Schlagzeilen, die den geplanten Reformprozess der neuen SPD-Führung unter „Parteichef“ Sigmar Gabriel thematisierte. Für den Autor dieser Arbeit musste sich damit augenblicklich die Frage stellen, ob die SPD in der jüngeren Vergangenheit zu wenig Demokratie gewagt hatte.

Weil sich die aufgeworfene Frage jedoch wegen ihres hohen Allgemeinheitsgrades nicht als Forschungsfrage eignet, wird das Erkenntnisinteresse dieser Arbeit mittels der Formulierung von zwei forschungsleitenden Fragen fixiert. Da eine Analyse des „tatsächlichen“ Ablaufs solcher Prozesse mit den mir zur Verfügung stehenden technischen Hilfsmitteln sowie aufgrund der begrenzten zeitlichen und finanziellen Ressourcen nicht zu leisten ist, beschäftigt sich diese Arbeit mit dem medial gezeichneten Bild innerparteilicher Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse in der Bundes-SPD. Das heißt: Untersucht wird der Ablauf solcher Prozesse im Spiegel ihrer medialen Darstellung. Eine solche Vorgehensweise ist aber keinesfalls als „Notlösung“ zu begreifen. Schließlich bilden die Massenmedien für einen Großteil der Bevölkerung die einzige Verbindung zur Politik. Das durch die Medien gezeich-

¹ Vgl. Der Westen online: „Wie Gabriel die SPD erneuern will“ <http://www.derwesten.de/nachrichten/politik/Wie-Gabriel-die-SPD-erneuern-will-id2398586.html>, Stand: 28.05.2010.

² Vgl. Der Westen online: „Gabriel wagt mehr Demokratie“ <http://www.derwesten.de/nachrichten/politik/Gabriel-wagt-mehr-Demokratie-id2380439.html>, Stand: 28.05.2010.

nete Bild vom Ablauf solcher Prozesse ist damit auch das Bild, das sich in den Köpfen des Medienkonsumenten festsetzt.

Das zweite Kapitel dieser Arbeit leistet das Abstecken des Untersuchungsrahmens. Hier wird zunächst das Erkenntnisinteresse dieser Arbeit vorgestellt. Auf die Formulierung von Hypothesen wird in dieser Arbeit verzichtet. Vielmehr werden aus den Untersuchungsergebnissen später eigene Rückschlüsse gezogen. Der Begründungszusammenhang leistet den theoretischen Zugang zu dieser Arbeit. Hierzu gehören neben der Vermittlung der demokratietheoretischen Grundlagen auch die Zusammenfassung des politikwissenschaftlichen Forschungsstandes und das Aufdecken der Forschungslücke. Der Begründungszusammenhang schließt mit der Vorstellung des methodischen Zugangs. Hier wird dann das eingesetzte Forschungsinstrument, die Inhaltsanalyse, beleuchtet. Mit der Vorstellung der für diese Arbeit untersuchten Medientitel sowie der Begründung für ihre Auswahl gilt der Untersuchungsrahmen als abgeschlossen. In Kapitel drei werden die bis dahin vermittelten Informationen noch einmal in einem Zwischenfazit zusammengefasst.

Nachfolgend ist meine eigene Erhebung und Analyse Gegenstand dieser Arbeit. Hier werden dann zunächst der Ablauf sowie der Aufbau der Untersuchung skizziert. In Kapitel vier werden dabei die Entwicklungsphase, die Anwendungsphase und die Auswertungsphase der vorliegenden qualitativen Medieninhaltsanalyse nachgezeichnet sowie die beiden Untersuchungszeiträume vorgestellt.

Kapitel fünf ist der Ergebnisdarstellung gewidmet. Diese erfolgt in drei Schritten. Zunächst wird der Rahmen des Bildes, das durch die Darstellung innerparteilicher Willensbildungs- und Entscheidungsprozess in den Medien gezeichnet wird, konstruiert. Hier wird dann die Wichtigkeit, die das Thema für die drei untersuchten Medientitel gehabt hat sowie Unterschiede zwischen den Printpublikationen in Bezug auf die Darstellungsform binnenparteilicher Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse untersucht. Zudem wird die Analyse der Urheberstruktur der Berichterstattung darüber Aufschluss geben, wer genau für das medial gezeichnete Bild solcher Prozesse verantwortlich ist und welches „Bindestrich-Thema“ die stärkste mediale Resonanz hervorgerufen hat.

Mittels der Untersuchungsergebnisse lässt sich im zweiten Teil der Ergebnisdarstellung die SPD dann einem bestimmten Organisationsmodell von Parteien zuordnen. Der Dritte Teil der Darstellung der Untersuchungsergebnisse beleuchtet die Einflussmöglichkeiten der Parteibasis beim Ablauf innerparteilicher Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse.

Im Rahmen der Schlussbetrachtung werden die vorliegenden Untersuchungsergebnisse dann zu einem Gesamtergebnis zusammengefasst und interpretiert.

Kurz zusammengefasst besteht das Ziel dieser Arbeit also in der Rekonstruktion des Bildes, dass durch die Medienberichterstattung vom Ablauf innerparteilicher Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse gezeichnet wird. Um dies leisten zu können, wird erstens der Rahmen dieses Bildes skizziert. Zweitens wird mittels der Beantwortung der beiden forschungsleitenden Fragen die SPD einem bestimmten Organisationsmodell von Parteien zugeordnet und die Einflussmöglichkeiten der „einfachen“ Parteimitglieder bei der Generierung solcher Prozesse ausgeleuchtet. Zum Abschluss der Arbeit erhält das medial gezeichnete Bild dann klare Konturen. Hier werden die erzielten Ergebnisse miteinander in Beziehung gesetzt. Auf der Grundlage des Gesamtergebnisses lassen sich dann Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu den zuvor in der theoretischen Einführung explizierten Annahmen aus der politikwissenschaftlichen Forschung über die Organisationsstruktur der Sozialdemokraten und die Beteiligungschancen der einzelnen Parteisektionen beim Ablauf innerparteilicher Willensbildung und Entscheidungsfindung herausarbeiten.

2 Untersuchungsrahmen

Das vorliegende Kapitel zeichnet den Pfad des Forschungsprozesses nach. Es lässt sich in vier Themenblöcke gliedern. Dabei wird zunächst das Erkenntnisinteresse (2.1) der Arbeit vorgestellt. Der Begründungszusammenhang (2.2) liefert die theoretische Fundierung der Forschungsfrage und skizziert mit Blick auf das zu analysierende Aufgabenprofil der Arbeit den aktuellen Stand der politikwissenschaftlichen Forschung. Folgend wird die Forschungslücke aufgedeckt sowie die Definition der zentralen Begrifflichkeiten dieser Arbeit geleistet. Themenschwerpunkt drei ist der Erklärung der eingesetzten Methode gewidmet (2.3). Beim Griff in den Instrumentenpool stehen dann die für die vorliegende Arbeit grundlegenden theoretischen wie praktischen Aspekte der Inhaltsanalyse im Fokus der Beschreibung. Mit der Auswahl der für die vorliegende Analyse untersuchten Medientitel gilt der Untersuchungsrahmen als abgesteckt (2.4).

2.1 Fragestellung

Aus dem Arbeitstitel dieser Analyse lässt sich die Frage ableiten, welches Bild innerparteilicher Willensbildungsprozesse in der SPD durch die Medienberichterstattung vermittelt wird. Wie bereits in der Einleitung klar gestellt worden ist, schließt eine solche Problemstellung die Analyse des „eigentlichen“ innerparteilichen Willensbildungsprozesses aus. Für die Konzeptualisierung der Fragestellung ist demnach nicht entscheidend, wie die in den beiden Untersuchungszeiträumen getroffenen Entscheidungen in der SPD „tatsächlich“ zustande gekommen sind, sondern welches Bild vom Zustandekommen und Ablauf solcher Prozesse durch die politische Berichterstattung zur SPD durch die drei untersuchten Tageszeitungen gezeichnet wird. Wie im weiteren Verlauf der Arbeit zu erkennen sein wird, ist die Analyse innerparteilicher Willensbildungsprozesse untrennbar mit der Frage nach der „Organisationswirklichkeit“ der Parteien verbunden. Wie also sieht die durch die Medienberichterstattung vermittelte „Organisationswirklichkeit“ der SPD aus? Präzisiert man diese doch recht allgemein gehaltene Frage, so lässt sich aus ihr bereits eine erste Forschungsfrage ableiten. Sie lautet:

1. *„Oligarchie“ oder „lose verkoppelte Anarchie“? Welches Organisationsmodell von Parteien spiegelt sich in der Medienberichterstattung zu innerparteilichen Willensbildungsprozessen in der SPD wieder?*

Die erste Forschungsfrage zielt also auf die Zuordnung der SPD zu einem bestimmten Organisationsmodell von Parteien ab. Ihre Beantwortung soll Rückschlüsse auf die „Organisationswirklichkeit“ der SPD zulassen. Dabei ist jedoch zu bedenken, dass die Zuordnung der SPD zu einem bestimmten Modell von Parteiorganisationen auf der Basis der Analyse der Berichterstattung von drei meinungsbildenden Tageszeitungen zustande kommt. Die „Realität“ der Organisationsanatomie der SPD ist somit die „Realität“, die durch die Berichterstattung der Massenmedien über den Ablauf innerparteilicher Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse dem Rezipienten suggeriert wird.

Da die Beantwortung der ersten Forschungsfrage keine konkreten Rückschlüsse über die „tatsächlichen“ Mitgestaltungsmöglichkeiten der „einfachen“ Parteimitglieder bei der Generierung solcher Prozesse erlaubt- so muss eine mögliche Zuordnung der SPD zum Modell der „lose verkoppelten, organisierten Anarchie“ nicht per se synonym mit einem hohen Grad innerparteilicher Demokratie im Sinne vorhandener Mitgestaltungsmöglichkeiten der Parteibasis bei der Generierung innerparteilicher Willensbildung zu verstehen sein- fragt diese Arbeit an Franz Münteferings Zitat „*Demokratie braucht Partei*“³ anknüpfend:

2. *Braucht Partei Demokratie? Welches Bild der Einflussmöglichkeiten der „einfachen“ Parteimitglieder auf die Personalrekrutierung und die Politikformulierung in der SPD wird durch die mediale Berichterstattung gezeichnet?*

2.2 Begründungszusammenhang

Die Konzeptualisierung der vorliegenden Medieninhaltsanalyse ist der „klassischen Vorgehensweise“⁴ in der empirischen Sozialforschung nachempfunden. Demnach folgt zunächst die Fundierung des Erkenntnisinteresses durch die Theorie. Flankiert wird dieser Schritt durch die Darstellung des aktuellen Forschungsstandes. Die theoretische Fundierung der Forschungsfragen hebt im vorliegenden Fall auf die Beschreibung von drei Organisationsmodellen von Parteiorganisationen ab, die für die vorliegende Untersuchung als grundlegend betrachtet werden. Dabei steht zuvorderst Robert Michels Theorie vom „*Ehernen Gesetz der Oligarchie*“ im Fokus der Beschreibung. Die schematische Darstellung von zwei weiteren Organisationsmodellen von Parteien gehört ebenfalls zum theoretischen „Rüstzeug“ der vorliegenden Arbeit. Die Illustration der formalorganisatorischen und verfassungsrechtlichen Rahmenbe-

³ Vgl. Jun, Uwe: Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), in: Decker, Frank./ Neu, Viola (Hrsg.): Handbuch der deutschen Parteien, 1. Auflage, Wiesbaden 2007, S.381-400, hier: S. 395.

⁴ Rössler, Patrick (Hrsg.): Inhaltsanalyse, Konstanz 2005, S. 36.

dingungen, sowie die auf das Erkenntnisinteresse der vorliegenden Arbeit zugeschnittene Skizzierung der Organisationsstrukturen der Parteien als ein weiterer Rahmenaspekt, innerhalb derer sich innerparteiliche Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse vollziehen, komplettiert den theoretischen Zugang dieser Arbeit. Im zweiten Arbeitsschritt wird dann der Stand der politikwissenschaftlichen Diskussion reflektiert, als Folie dienen dabei die zuvor explizierten Theoriekonzepte. Erst dann kann die Forschungslücke offen gelegt werden. Am Ende des Kapitels steht die Definition der zuvor in der Theorie verwendeten zentralen theoretischen Begrifflichkeiten. Dies leistet die durchgeführte Konzeptspezifikation. Da sich die unterschiedlichen Funktionslogiken der drei beispielhaft beschriebenen Organisationsmodelle von Parteien auch aus dem Demokratieverständnis des jeweiligen Autors speisen, beziehungsweise jedem dieser Ansätze eines von mehreren möglichen Konzepten innerparteilicher Demokratie zugrunde liegt,⁵ ist zunächst allerdings ein kurzer Exkurs vorzunehmen, in dessen Verlauf mittels des Rückgriffs auf die Darstellung parteienrelevanter Bezüge und Implikate normativer und „realistischer“ Demokratietheorien der demokratietheoretische Hintergrund dieser Konzepte ausgeleuchtet wird.

2.2.1 Demokratietheoretische Ansätze

In Deutschland werden die Parteien durch das Grundgesetz auf die demokratischen Grundsätze ihrer inneren Ordnung festgelegt.⁶ Weitaus mehr Spielraum bietet sich den Parteien dagegen bei der Frage, wie die durch die Verfassung auferlegten demokratischen Grundsätze bezüglich der eigenen Binnenstruktur verwirklicht werden sollen. So herrscht die vorliegende Frage betreffend zwischen den Anhängern basis- und repräsentativdemokratischer Parteien ein klarer Dissens.⁷ Die im kommenden Absatz explizierten Konzepte innerparteilicher Demokratie beziehen sich primär auf die aus dem jeweiligen Demokratieansatz resultierenden Argumentationsmuster. Das heißt: die hier nur kurz wiedergegebenen Demokratiemodelle eine detaillierte Beschreibung der unterschiedlichen Ansätze würde den Rahmen der Arbeit sprengen und wird im Hinblick auf die Beantwortung der forschungsleitenden Fragen auch nicht als Ziel führend angesehen- stellen den ideentheoretischen Ausgangspunkt für die

⁵ Vgl. Niedermayer, Oskar: Innerparteiliche Demokratie, in: Ders. / Stöss, Richard (Hrsg.): Parteienforschung in Deutschland. Stand und Perspektive der Parteienforschung in Deutschland, Opladen 1993, S. 230-250., hier: S. 231.

⁶ Vgl. Merten, Heike: Rechtliche Grundlagen der Parteiendemokratie, in: Decker, Frank./ Neu, Viola (Hrsg.): Handbuch der deutschen Parteien, 1. Auflage, Wiesbaden 2007, S. 79-113, hier: S. 87.

⁷ Vgl. Pfetsch, R. Frank: Einführung, in: Ders. (Hrsg.): Robert Michels: Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens, 4. Auflage, Stuttgart 1989, S. XV-LVI., hier S. XV.

konkrete Beschreibung unterschiedlicher Theorien innerparteilicher Demokratie da. Verallgemeinernd lassen sich neun unterschiedliche demokratietheoretische Ansätze herausdestillieren.⁸ Elmar Wiesendahl unterscheidet dabei normative und realistische Demokratietheorien und stellt parteienrestriktiven Ansätzen (identitätstheoretischer, elitär-liberaler und etatistischer Restriktionsansatz) unterschiedliche parteienaffirmative Modelle (parteienstaatlicher, pluralistischer und partizipatorischer Affirmationsansatz) gegenüber. Für das der vorliegenden Arbeit zugrunde liegende Erkenntnisinteresse ist in diesem Kontext allerdings eine kurze Beschreibung des identitätstheoretischen Restriktionsansatzes ausreichend.

Fragt man nach den Quellen und dem Gehalt parteienrestriktiven normativ demokratischen Denkens, so stößt man unvermeidlich auf die Parteienforscher Moisei Ostrogorski und Robert Michels. Während Ostrogorski den Parteien unter Verwendung eines für den elitären Liberalismus typischen Argumentationskanons die demokratische Legitimation entzieht, zielt Michels aus einer dem elitär-liberalen Restriktionsmodell diametral gegenüberstehenden Position ebenfalls auf die Infragestellung der demokratischen Legitimation politischer Parteien ab.⁹ Der Kerngedanke identitären Demokratieverständnisses trägt der Auffassung Rechnung, wonach sich wahre Demokratie nur in Form direkter Selbstbestimmung des Volkes als einer homogenen Einheit verwirkliche.¹⁰ In der Konsequenz besteht das Ziel identitärer Demokratie in der „*unmittelbaren Massenherrschaft*“, und die wiederum „*besteht in dem Versuch nach der möglichst direkten Emanation des Volkswillens für die Gestaltung des Gruppenlebens und somit nach einer möglichsten Überwindung des Führertums*“. ¹¹

Auf der Grundlage der nun kurz angerissenen demokratietheoretischen Modelle lassen sich im Folgend drei Ansätze innerparteilicher Demokratie herausfiltern. Dabei wird schnell zu erkennen sein, welches Modell parteiinterner Demokratie den Prämissen und Argumentationslogiken eines identitären Demokratieverständnisses Michelscher Prägung folgt.

⁸ Vgl. dazu ausführlicher Wiesendahl, Elmar (Hrsg.): Parteien und Demokratie: Eine soziologische Analyse paradigmatischer Ansätze der Parteienforschung, Opladen 1980, S. 53-101.

⁹ Vgl. Wiesendahl: Parteien und Demokratie, 1980, S. 59.

¹⁰ Vgl. Wiesendahl: Parteien und Demokratie, 1980, S. 59.

¹¹ Wiesendahl: Parteien und Demokratie, 1980, S. 60., zit. nach Michels, 1970: 26.

2.2.2 Drei Konzepte innerparteilicher Demokratie

Wie bereits erwähnt, speisen sich die divergierenden Konzepte innerparteilicher Demokratie aus den zuvor dargestellten differenten Ansätzen zum Demokratiebegriff. So unterscheiden sich die verschiedenen Konzepte hinsichtlich ihrer normativen Prämissen. In der Folge liefern die ihnen zugrunde liegenden demokratietheoretischen Modelle deutlich divergierende Beurteilungsmaßstäbe für die vorgefundene innerparteiliche Realität.¹² In der Folge des beschriebenen Beurteilungspluralismus existieren in der Parteien- Partizipations- und Demokratieforschung recht unterschiedliche Annahmen darüber, wie wünschenswert und funktional innerparteiliche Demokratie ist. Dementsprechend unterschiedlich wird auch die Frage nach dem Grad, beziehungsweise der Verwirklichung der parteiinternen Demokratie, durch die in der Parteienforschung vorliegenden empirischen Befunde beantwortet.¹³ Absatz 2.2.5 wird die hier angedeutet Heterogenität der vorhandenen Ergebnisse zur innerparteilichen Demokratie noch einmal exemplarisch untermauern. Grundsätzlich lassen sich drei unterschiedliche Konzepte parteiinterner Demokratie unterscheiden.

Die ökonomische Theorie der Demokratie

In einem auf der ökonomischen Theorie der Demokratie basierenden Parteienmodell, als dessen Vertreter hier stellvertretend Josef Schumpeter und Anthony Downs genannt werden sollen, wird eine umfassende Mitgliederpartizipation an der innerparteilichen Politikformulierung und Personalrekrutierung als dysfunktional angesehen. Die Unerwünschtheit breit angelegter Partizipationsmechanismen beruht dabei explizit auf der Annahme, dass eine solche breite Mitgliederbeteiligung knappe Mittel bindet und die Handlungsfreiheit der Parteiführung einschränkt.¹⁴ Dies habe zur Folge, dass die ausschließlich strikt auf das Ziel der Stimmenmaximierung ausgerichtete Parteiorganisation an Effizienz und Flexibilität einbüßt. Um die eigenen Wahlchancen zu optimieren, plädieren Vertreter einer (realistischen) Theorie demokratischer Elitenherrschaft für die Zentralisierung von Macht und Entscheidungsbefugnissen auf der Ebene der Parteiführung.¹⁵ Sie sprechen sich somit für eine „*innerparteiliche Willensbildung*“¹⁶ von „*oben nach unten*“¹⁷ aus. Der vorliegende Ansatz erhebt aber, trotz dieses auf den ersten Blick widersprüchlichen Identifikationsmerkmals, dennoch

¹² Vgl. Niedermayer: Innerparteiliche Demokratie, 1993, S. 231.

¹³ Vgl. Niedermayer: Innerparteiliche Demokratie, 1993, S. 231.

¹⁴ Vgl. Niedermayer: Innerparteiliche Demokratie, 1993, S. 231.

¹⁵ Vgl. Niedermayer: Innerparteiliche Demokratie, 1993, S. 231.

¹⁶ Niedermayer: Innerparteiliche Demokratie, 1993, S. 231.

¹⁷ Niedermayer: Innerparteiliche Demokratie, 1993, S. 231.

den Anspruch demokratisch zu sein. Seine demokratische Legitimation bezieht das Modell aus der in ihm vorherrschenden Konkurrenz der Eliten. „*Der elitäre Machtkontroll- und Wechselspielmechanismus funktioniert dann als demokratischer Wertberücksichtigungsmechanismus, wenn die Eliten nur über die Zustimmung der Wähler zur Macht gelangen, also eine Wettbewerbssituation für die im Machtkampf verstrickten Eliten besteht.*“¹⁸

Das repräsentative Modell der Elitenkonkurrenz

Stehen die Bestands- und Funktionssicherungserfordernisse des politischen Systems im Fokus, so muss von einem Demokratiemodell ausgegangen werden, dessen am Gesamtsystem orientierte Perspektive demnach auch den Beurteilungsmaßstab für die parteiinterne Demokratie liefert. Ein dieser Sicht angemessenes Organisationsmodell politischer Parteien

fußt auf zwei Grundpositionen. Das Postulat, nach dem es „*für freiheitliche Parteien (...) keine andere als eine repräsentative Struktur geben kann*“¹⁹, bildet dabei gleichsam mit dem „*Prinzip der innerparteilichen Elitenkonkurrenz*“²⁰ die argumentative Klammer dieses Konzepts. Ein solches Modell favorisiert also eine repräsentative, durch Wahlen legitimierte, pluralistische innerparteiliche Elitenherrschaft. Für die Beteiligung der Parteimitglieder an der innerparteilichen Politikformulierung lässt dieses Konzept nur wenig Raum. „*Beschlüsse von politischer Tragweite werden (...) nur von der Parteispitze gefasst. Die Masse der Mitglieder muss nicht gefragt werden (...). Ein plebiszitärer Modus, solche Beschlüsse durch das Parteivolk beeinflussen zu lassen, ist nicht vorgesehen.*“²¹

Wohl aber sollen die „einfachen“ Parteimitglieder an der Personalrekrutierung mitwirken.²² Demnach ist für das Konzept die demokratische Legitimation der innerparteilichen Repräsentanten dann gegeben, wenn diese ständig neu zur Wahl ständen, beziehungsweise wenn deren Kontrolle, Abberuf- und Austauschbarkeit mittels einer breiten Mitgliederbeteiligung gewährleistet ist; eine ständige inhaltlich-politische Willensbildung von unten nach oben ist demnach nicht erforderlich.²³ Das imperative Mandat, als strikt basisorientiertes Elitenkontrollinstrument, wird von den Verfechtern des Ansatzes allerdings einhellig abgelehnt.²⁴

¹⁸ Wiesendahl: Parteien und Demokratie, 1980, S. 81.

¹⁹ Hennis, Wilhelm (Hrsg.): Die missverstandene Demokratie. Demokratie-Verfassung- Parlament: Studien zu deutschen Problemen, Freiburg 1973, S. 23.

²⁰ Niedermayer: Innerparteiliche Demokratie, 1993, S. 231.

²¹ Niedermayer: Innerparteiliche Demokratie, 1993, S. 232.

²² Vgl. Niedermayer: Innerparteiliche Demokratie, 1993, S. 232.

²³ Vgl. Niedermayer: Innerparteiliche Demokratie, 1993, S. 232.

²⁴ Vgl. Kaltefleiter, Werner (Hrsg.): Parteien im Umbruch. Ein Beitrag zur politischen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, 1. Auflage, Düsseldorf/ Wien 1984, S. 39.

Dem Demokratieverständnis Michels entspricht weder das eine noch das andere der illustrierten Modelle. Seinen Anforderungen wird lediglich ein basisbezogenes, an Legitimitätsanforderungen orientiertes Demokratiemodell gerecht. Tatsächlich wird die innerparteiliche Willensbildung in diesem Modell erst umgesetzt, wenn der Parteibasis eine uneingeschränkte Teilnahme an der innerparteilichen Politikformulierung offen steht.²⁵ Die Parteien haben hier primär die Aufgabe, als organisatorisches Werkzeug die unverfälschte Übertragung des Willens der Aktivbürgerschaft in den politischen Prozess zu garantieren.²⁶ Der Argumentation des vorliegenden Demokratiemodells nachkommend und dem klassischen demokratischen Credo folgend, „(...) wird hier ein strikt basisorientiertes Modell „parteiinterner Willensbildung von unten nach oben (...)“²⁷ postuliert. Die Mitgestaltungs- und Entscheidungsmöglichkeiten des einzelnen, „einfachen“ Mitgliedes beschränken sich somit nicht mehr nur auf eine Beteiligung ohne Entscheidungsteilhabe, sondern ermöglichen dem Einzelnen eine tatsächliche Teilnahme an verbindlichen innerparteilichen Entscheidungen, und zwar ganz gleich auf welcher Organisationsebene. Aus einer bloßen „Organisationspartizipation“ wird eine „Entscheidungspartizipation“.²⁸

Die unterschiedlichen „Spielarten“ und Rezeptionsstränge demokratietheoretischer Ansätze und ihre Implikationen für die Generierung innerparteilicher Willensbildungs- und Entscheidungsfindungsprozesse sind zurückliegend nun also angerissen worden. Folgend muss der Frage nachgegangen werden, wie die unterschiedlichen Gruppen in einer Partei miteinander verbunden sind. Wer diese Gruppen sind und wie ihre Rolle bei der Generierung innerparteilicher Willensbildung und Entscheidungsfindung einzuordnen ist, wird in der Darstellung der Rahmenbedingungen noch ausführlicher zu erklären sein. Gleiches gilt für den Organisationsaufbau der SPD, sowie für die verfassungsrechtlichen Aspekte innerparteilicher Willensbildung, die als weitere Rahmenbedingungen die formale Klammer für das Binnenleben der Partei bilden.

²⁵ Vgl. Niedermayer: Innerparteiliche Demokratie, 1993, S. 232.

²⁶ Vgl. Niedermayer: Innerparteiliche Demokratie, 1993, S. 232.

²⁷ Niedermayer: Innerparteiliche Demokratie, 1993, S. 232 f.

²⁸ Vgl. Niedermayer: Innerparteiliche Demokratie, 1993, S. 233., zit. nach: Raschke, Joachim: Demokratisierung durch innerparteilichen Gruppenwettbewerb?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1975, B14, S. 11 f.

2.2.3 Drei Organisationsmodelle von Parteien

Parteien stellen Organisationen dar, ihr formaler Aufbau leitet sich aus Statuten ab.²⁹ Über die tatsächlichen innerparteilichen Beziehungsstrukturen geben sie jedoch keine hinreichende Auskunft. Die Frage, wie die einzelnen Komponenten einer Partei miteinander verwoben sind bleibt ebenso unbeantwortet wie die Frage nach den Organisationsaktivitäten und deren innerparteilicher Abstimmung und Verzahnung.³⁰ Die Organisationswirklichkeit von Parteien ist demnach nicht alleine durch die Bestimmungen des Parteiengesetzes oder die Satzungen und Statuten der Parteien zu erfassen. Diese beleuchten vielmehr nur einen Ausschnitt der Organisationspraxis.³¹ Von den Formulierungen unberücksichtigt bleibt jedoch die Tatsache, „(...) dass Parteien auch soziale Gebilde sind, die ein Eigenleben führen.“³² In diesem Sinne stellen die Parteistatuten also lediglich „(...) eine Blaupause da (...).“³³

2.2.3.1 Michels: Das „eherne Gesetz der Oligarchie“

Die Beantwortung der Frage, wie die unterschiedlichen Gruppen in einer Partei miteinander verbunden sind, ist in den frühen Studien zur Parteiensoziologie maßgeblich unter der Verwendung von Anleihen aus Michels „*ehernem Gesetz der Oligarchie*“³⁴ erfolgt. Seine „Abrechnung“ mit den Parteien, hier im speziellen mit der SPD, die explizit das Forschungsobjekt seiner Beobachtungen war, birgt jene These, die den Ausgangspunkt der Forschung zur innerparteilichen Demokratie darstellt.³⁵ Ausgehend von einem basisdemokratischen Konzept Rousseauscher Prägung attestiert Michels neuzeitlichen politischen Organisationen mit Blick auf die innerparteiliche Demokratie eine zutiefst defizitäre Organisationswirklichkeit. Für die repräsentativdemokratische Organisation gilt nach Meinung des Autors, dass sich innerhalb eines auf dem Prinzip der Repräsentation beruhenden Zusammenschlusses zwangsläufig eine stabile, sich abkapselnde Führungselite herausbildet.³⁶ Die Herausbildung oligarchischer Tendenzen betrachtet Michels dabei nicht als ein Spezifikum politischer Parteien, vielmehr

²⁹ Vgl. Wiesendahl, Elmar (Hrsg.): Parteien, Frankfurt am Main 2006, S. 105.

³⁰ Vgl. Wiesendahl: Parteien, 2006, S. 105.

³¹ Vgl. Lösche, Peter/ Walter, Franz (Hrsg.): Die SPD. Klassenpartei, Volkspartei, Quotenpartei, Darmstadt 1992, S. 192 f.

³² Lösche/ Walter: Die SPD, 1992, S. 193.

³³ Wiesendahl: Parteien, 2006, S. 105.

³⁴ Vgl. Michels, Robert: Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens, 4. Auflage, herausgegeben von Frank R. Pfetsch, Stuttgart 1989 (Originalausgabe 1911)

³⁵ Vgl. Niedermayer: Innerparteiliche Demokratie, 1993, S.230.

³⁶ Vgl. Pfetsch: Einführung, 1989, S. XV-LVI., hier: S. XV.

sei die Oligarchietendenz demnach ein grundsätzliches Charakteristikum aller menschlichen Zweckorganisation. In einer häufig zitierten Sequenz lautet Michels These schlussfolgernd:

„Das soziologische Grundgesetz, dem die politischen Parteien (...) bedingungslos unterworfen sind, mag auf seine kürzeste Formel gebracht, etwa so lauten: Die Organisation ist die Mutter der Herrschaft der Gewählten über die Wähler, der Beauftragten über die Auftraggeber, der Delegierten über die Delegierenden. Die Bildung von Oligarchien im Schoße der mannigfaltigen Formen der Demokratien ist eine organische, also eine Tendenz, der jede Organisation, auch die sozialistische, selbst die libertäre, notwendigerweise unterliegt.“³⁷

In der Quintessenz der vorliegenden These dient die Organisation (zum Beispiel der Partei) nicht mehr dem Mittel zum Zweck, sondern sie mutiert zu einem reinen Selbstzweck, das Organ siegt über den Organismus. Michels Argumentation wiedergebend gilt als Regel: *„Mit zunehmender Organisation ist [deshalb auch] die Demokratie im Schwinden begriffen (...), die Macht der Führer wächst im gleichen Maßstabe wie die Organisation.“³⁸* Für Michels ergibt sich hieraus ein kategorischer Widerspruch zwischen Organisation und Demokratie, denn: *„Wer Organisation sagt, sagt auch Tendenz zur Oligarchie.“³⁹*

Als entscheidende Determinante für die Oligarchisierung identifiziert der Autor die Formalisierung in Organisationen. Die Bürokratisierungstendenz in den Parteiorganisationen führt laut Michels dazu, dass selbst die ehemals revolutionär gesinnte Führung der Partei konservativ wird. Es sei, so der Autor, deshalb auch systemimmanent, *„dass die ‚Revolutionäre der Gegenwart‘ schon jetzt als die ‚Reaktionäre der Zukunft‘ feststünden.“⁴⁰* Resümierend kann festgestellt werden, dass die die Klassiker der Parteienforschung, wie Robert Michels, Maurice Duverger oder Max Weber, die Parteien vor allem als zweckgerichtete durchstrukturierte Instrumente des politischen Kampfes gesehen haben.⁴¹ Michels titulierte die Parteien gar als *„Kampforganisation“⁴²*; Zentralismus, eine straffe hierarchische Gliederung und eine autoritäre Führung durch die Parteispitze machen die Partei demnach schlagfertig und gut gerüstet für den politischen Kampf.⁴³ Das Michelsche Bild von der hierarchisch-zentralistisch konzipierten Organisationsstruktur der Parteien wird durch die Parteimitglieder als sozial und ideologisch homogene Masse abgerundet. Diese, so Michels Annahme, ließen sich als durchorganisierte Einheit in die Wahlschlacht führen.⁴⁴ Das Organisationsmodell Michelscher

³⁷ Michels: Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie, 1989, S. 370 f.

³⁸ Michels: Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie, 1989, S. 26.

³⁹ Michels: Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie, 1989, S. 25.

⁴⁰ Michels: Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie, hrsg. von Pfetsch, 1989, S. 196.

⁴¹ Wiesendahl: Parteien, 2006, S. 106.

⁴² Wiesendahl: Parteien, 2006, S. 106.

⁴³ Vgl. Wiesendahl: Parteien, 2006, S. 106.

⁴⁴ Vgl. Wiesendahl: Parteien, 2006, S. 106.

Prägung kommt demnach in der vollen Entfaltung seiner Organisationspotenz „(...) *dem Ideal der Einheit von Organisation, Führung, Taktik und Aktion nahe.*“⁴⁵

2.2.3.2 Eldersveld: Das „Stratarchie-Modell“

Anders als die zuvor skizzierten „*älteren Vorstellungen*“⁴⁶ über die Organisationsstruktur von Parteien, die eng mit dem Aufstieg des modernen Parteiwesens und damit mit dem Auftreten eines neuen Parteientypus, der Massenpartei, verknüpft waren⁴⁷, herrscht in der modernen Parteienforschung mit Blick auf die Strukturen von politischen Parteien ein anderes Bild vor, als es Michels zeichnete.⁴⁸ Exemplarisch wird hier zunächst das *Stratarchie-Modell*⁴⁹ von Samuel Eldersveld im Fokus der Deskription stehen. Zu bedenken ist dabei allerdings, dass die Arbeiten Eldersvelts der amerikanischen Organisationssoziologie zuzuordnen sind. Sein Forschungsobjekt waren die beiden großen amerikanischen Parteien und deren Organisationsstruktur. Rückschlüsse auf die Verfassungswirklichkeit deutscher Parteien sind schon allein im Hinblick auf das unterschiedliche Rollen- und Aufgabenprofil deutscher und amerikanischer Parteien bei der Gestaltung des jeweiligen politischen Prozesses nur bedingt zulässig. In Abgrenzung zu Michels skizziert Eldersveld die Parteien als offene und durchlässige Sozialgebilde, die sich aus einer Vielzahl heterogener Gruppen zusammensetzen.⁵⁰ Die Machtstruktur der Parteien gleicht demnach nicht einem zentralistisch-autoritären Hierarchiemodell, sondern weist eher ein diffuses, polyzentrisches Erscheinungsbild auf. Sie gleicht mithin einem „*pluralistischen Stratarchie-Modell mit mehreren Machtzentren und gegenseitigen Abhängigkeiten.*“⁵¹ Eine zentrale Machtstelle gibt es somit nicht. Stattdessen sorgt die Existenz eines gestuften Eliten-Schichtungssystems, bestehend aus verstreuten Teileliten, die sich auf autonome Machtbasen stützen, für eine „Balkanisierung“ der Machtverteilung zwischen den einzelnen Führungsgruppen. Anders als das Oligarchie-Modell sieht das Stratarchie-Konzept die Basis nicht als homogene, die Parteiführung bedingungslos unterstützende Masse an, sondern es betrachtet die Parteibasis als kritischen Handlungsort. Eine zentrale Kontrolle über die Partei von oben ist somit ausgeschlossen.⁵² Die Machtverteilung in den Parteien ist somit durch Machtdiffusion und Elitenpluralismus gekennzeichnet. Eldersveld weist darauf explizit

⁴⁵ Wiesendahl: Parteien, 2006, S.106.

⁴⁶ Wiesendahl: Parteien, 2006, S.106.

⁴⁷ Vgl. Wiesendahl, Parteien, 2006, S. 106.

⁴⁸ Vgl. Jun, Uwe (Hrsg.): Der Wandel von Parteien in der Mediendemokratie. SPD und Labour Party im Vergleich, Frankfurt am Main 2004, S.63.

⁴⁹ Vgl. Eldersveld, Samuel J. (Hrsg.): Political Parties. A Behavioral Analysis, Chicago 1964, S. 8 ff.

⁵⁰ Vgl. Wiesendahl: Parteien, 2006, S.106.

⁵¹ Niedermayer: Innerparteiliche Demokratie, 1993, S. 234.

⁵² Vgl. Wiesendahl: Parteien, 2006, S.106 f.

hin, wenn er feststellt: „*The general characteristics of stratararchy are the proliferation of the ruling group and the diffusion of power prerogatives and power exercise.*“⁵³ Die Existenz multipler, autonomer Subeinheiten führt allerdings zu einem Effizienzproblem, das organisatorisch auf den Parteien lastet. Hier setzt das Modell von Wiesendahl an.

2.2.3.3 Wiesendahl: Die Partei „als lose verkoppelte, organisierte Anarchie“

Unter der Verwendung von Anleihen aus dem Stratararchie-Modell, modelliert Wiesendahl ein Konzept, dass die Partei als „*lose verkoppelte, organisierte Anarchie*“⁵⁴ beschreibt. Es unterstellt den Parteien ein Organisationsproblem. Ein solches Organisationsdilemma ergibt sich danach aus der Annahme, nach der Parteien das Problem von Vielfalt ohne Einheit sowie von widersprüchlichen Organisationslogiken zu bewältigen haben.⁵⁵ Als Zusammenschluss von unterschiedlichen Individuen und Gruppen, die ganz unterschiedliche Ziele, Interessen, Nutznießervorstellungen und Handlungsrationaltäten mit ihrer Parteimitgliedschaft verbinden, sind die Parteien innerhalb ihrer Binnenstruktur zu ständigen Integrationsleistungen und Aushandlungsprozessen gezwungen.⁵⁶ Parteien organisieren hiernach Akteursvielfalt, die zur Bildung von zwei Mitgliedergruppen führt. Den Karrieristen („*Office-Seeker*“), die einer elitenorientierten Machterwerbslogik folgen, deren Ziel darin besteht möglichst viele Wahlen zu gewinnen und öffentliche Ämter zu besetzen, stehen demnach die Gesinnungsaktiven („*Policy-Seeker*“) gegenüber. Sie folgen einer mitgliederzentrierten Prinzipienlogik, die den Parteizielen und- Prinzipien mehr Gewicht einräumt als Wähleropportunismus und dem reinen Streben nach Macht.⁵⁷ Aus diesen beiden unterschiedlichen Organisationslogiken resultiert ein organisatorischer Spannungsbogen, der es für die Parteien unmöglich macht, als durchorganisierte, homogene und effiziente Organisation zu handeln. Vielmehr geht das Modell von fragmentierten Organisationseinheiten aus, die ein selbstbezogenes Eigenleben führen.⁵⁸ Demnach erfreuen sich die Gebietsverbände, funktionalen Gruppierungen und Fraktionen der Parteien eines hohen Grades an Autonomie, im politischen Alltagsgeschäft handeln sie fast ausschließlich ohne die Einmischung der Parteiführung.⁵⁹ Für das Organisationsleben der Parteien lassen sich somit vier Strukturbesonderheiten herausfiltern. Charakteris-

⁵³ Elderveld: *Political Parties*, 1964, S. 8.

⁵⁴ Vgl. dazu ausführlicher Wiesendahl, Elmar (Hrsg.): *Parteien in Perspektive. Theoretische Ansichten der Organisationswirklichkeit politischer Parteien*, Opladen/ Wiesbaden 1998, S. 219-249.

⁵⁵ Vgl. Wiesendahl: *Parteien*, 2006, S.107.

⁵⁶ Vgl. Wiesendahl: *Parteien*, 2006, S.107.

⁵⁷ Vgl. Wiesendahl: *Parteien*, 2006, S.107 f.

⁵⁸ Vgl. Wiesendahl: *Parteien*, 2006, S.108.

⁵⁹ Vgl. Lösche: *Streitobjekt innerparteiliche Demokratie*, 2006, S. 36 f.

tisch für ihre Organisationsstruktur sind hiernach die Unbestimmtheit, die Fragmentierung, die lose Kopplung und die Hypokrisie ⁶⁰

Unbestimmtheit

Die Unbestimmtheit steht synonym für die Annahme, dass das was in Parteien geschieht und im Speziellen die Frage warum es geschieht, weitestgehend im Unklaren gehalten wird.⁶¹ Zugespißt ließe sich formulieren, (...) *dass Parteien Unstimmigkeiten mit organisatorischer Unbestimmtheit und Unübersichtlichkeit beantworten.*⁶² Ursächlich für die attestierte Unbestimmtheit ist das organisationsstrukturelle Schlüsselproblem der Parteien, dass in der heterogenen Zusammensetzung der Parteien und dem hieraus resultierenden Integration- und Vereinbarkeitszwang höchst gegensätzlicher und konfliktträchtiger Bedürfnisse, Zielerwartungen und Handlungslogiken unterschiedlicher Akteure zu finden ist. Um die Kollision nicht zielvereinbarer Handlungslogiken zu verhindern, welche die Parteiorganisation im schlimmsten Fall sprengen, zumindest aber beeinträchtigen kann, müssen Parteien darauf achten die normalerweise regelungsbedürftigen, aber nicht regelungsfähigen und eindeutig entscheidbaren Fragen im Vagen und Unklaren zu halten. In der Konsequenz dürfen „*ungeregelte Strukturfragen des Handelns und Zusammenwirkens (...) nicht letztendlich entscheiden werden, sondern müssen offen, vieldeutig, beweglich und (...) auslegungsfähig bleiben.*“⁶³

Fragmentierung

Als Folge der Fragmentierung entsteht ein Bild der Organisationsstrukturen von Parteien, dass diese als ein ausdifferenziertes Stückwerk aus zahlreichen autonomen, weitgehend abgekapselten und introvertierten Parteielementen, also Akteursgruppen, Handlungseinheiten, Flügeln und Koalitionen, erscheinen lässt.⁶⁴ Exakt kann unter Fragmentierung „(...) *die wechselseitige Verselbstständigung und Abschottung von Organisationsteilen, die sich in geringem Ausmaß der Kooperation und Berücksichtigung niederschlägt.*“⁶⁵ verstanden werden. Eng mit der Fragmentierung verbunden ist die lose Koppelung der isolierten Organisationselemente. Der Begriff „Kopplung“ beschreibt dabei die Art und den Grad der Verbindung und Interaktion zwischen den aufgefächerten Subsektionen der Partei.⁶⁶ Idealtypisch für

⁶⁰ Vgl. Wiesendahl: Parteien in Perspektive, 1998, S. 219.

⁶¹ Vgl. Wiesendahl: Parteien in Perspektive, 1998, S. 219.

⁶² Wiesendahl: Parteien in Perspektive, 1998, S. 220.

⁶³ Wiesendahl: Parteien in Perspektive, 1998, S. 219 f.

⁶⁴ Vgl. Wiesendahl: Parteien in Perspektive, 1998, S. 224.

⁶⁵ Raschke, Joachim (Hrsg.): Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind, Köln 1993, S. 644.

⁶⁶ Vgl. Wiesendahl: Parteien in Perspektive, 1998, S. 229.

die Organisationsanatomie der Parteien ist hiernach eine spezielle „Unverbundenheit“ des Handlungsgeschehens zwischen den vielfältigen und autonomen Akteuren und Akteursgruppen innerhalb der Partei.

Lose Kopplung

Die lose Kopplung charakterisiert die binnenparteilichen Verbindungen zwischen Handlungseinheiten und Handlungsprozessen demnach als recht schwache, partielle, brüchige, diskontinuierliche und asymmetrisch verlaufende Allianzen, Rückkopplungseffekte zwischen den einzelnen Subeinheiten des innerparteilichen Beziehungsgeflechts bleiben somit aus, beziehungsweise wirkungslos.⁶⁷ Dennoch ist die lose Kopplung zunächst nicht organisationsschädigend, vielmehr leistet das vorliegende Bestimmungsprinzip einen „(...) *wichtigen Beitrag zur „Neutralisierung binnenstruktureller Spannungen und Konfliktpotentiale (...)“*“⁶⁸ Lose Kopplung hat also primär die Funktion „(...) *die nicht vereinbaren und wechselseitig sich schädigenden Folgen (...) gegensätzlicher Erwartungswelten nicht aufeinander prallen zu lassen, sondern [sie] voneinander fern zu halten, bzw. aneinander vorbei schadensbegrenzend und- neutralisierend zu kanalisieren.*“⁶⁹

Hypokrisie

Der Hypokrisie (griech. bedeutet so viel wie Verstellung/Heuchelei)⁷⁰ als viertes und letztes Prinzip liegt die Aufteilung der Partei in zwei Handlungssphären zugrunde. Demnach existieren in jeder Partei ein Bereich in dem in erster Linie geredet und entschieden wird und ein zweiter, der sich um das praktische Handeln kümmert. Dabei gilt, dass das was in Parteien geredet und entschieden wird, und das was im praktischen Handeln mündet so weit wie möglich auseinander gehalten werden. Somit sind neben den Parteiebenen auch Ideen und Handlungen nur lose miteinander verbunden; zwischen dem worüber Parteien reden und dem wozu sie sich bekennen und dem was sie praktisch tun, kann kein signifikanter Zusammenhang hergestellt werden.⁷¹ Als Triebfeder für die Ausbildung dieser Funktionsbesonderheit politischer Parteien lässt sich die ständige Widerspruchssituation zwischen externen Zielerwartungswidersprüchen die an die Parteien durch ihre Organisationsumwelten gestellt werden und die intern durch die heterogene Mitgliedschaft zum Ausdruck gebrachten ideologischen

⁶⁷ Vgl. Wiesendahl: Parteien in Perspektive, 1998, S. 229 ff.

⁶⁸ Wiesendahl: Parteien in Perspektive, 1998, S. 232.

⁶⁹ Wiesendahl: Parteien in Perspektive, 1998, S. 231.

⁷⁰ Vgl. Duden. Das Fremdwörterbuch, Band 5, 9. Auflage, herausgegeben von der Dudenredaktion, Mannheim 2007, S.430.

⁷¹ Vgl. Wiesendahl: Parteien in Perspektive, 1998, S. 233 ff.

Auffassungsdifferenzen mit denen sie sich konfrontiert sehen, identifizieren.⁷² Anders ausgedrückt ist Hypokrisie „(...) die Antwort darauf, widersprechenden und nicht zu vereinbarenden inneren und externen Zielerwartungen, Ansprüchen und Präferenzen gleichzeitig gerecht zu werden, indem Reden und Entscheiden für den (...) Hausgebrauch reserviert werden und die Praxis der Außendarstellung und Erwartungsentsprechung an den Wünschen externer Dritter [z.B. an denen der Wählerschaft M.R.] ausgerichtet wird.“⁷³

Für die Parteispitzen und ihren Machtradius haben die diagnostizierten Verhältnisse zur Folge, dass sie zwar weit reichende Handlungsspielräume eingeräumt bekommen, das Hineinregieren in die Mitgliederorganisation bleibt ihnen aber verwehrt.⁷⁴ Ergo ist die zentrale Steuerung der Präferenzvielfalt und Handlungsfreiheit der Mitglieder durch die Partieliten, anders als von Michels skizziert, nach diesem Modell unmöglich. Unter Rationalisierungsgesichtspunkten bilden Parteien unter diesen Umständen „(...) defizitäre Organisationen.“⁷⁵ Dennoch ist ihre Organisation im weiteren Sinne effizient, da sie eigentlich unvereinbare Handlungs- und Organisationslogiken miteinander vereinbar machen.⁷⁶

2.2.4 Rahmenbedingungen

Zurückliegend ist beschrieben worden, wie die unterschiedlichen Gruppen in einer Partei miteinander verbunden sind, beziehungsweise verbunden sein können. Im Folgenden soll der Frage nachgegangen werden, wer diese Gruppen sind, beziehungsweise wie ihre Rolle im binnenparteilichen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess beschrieben werden kann. Das Interesse gilt dabei explizit den Grundstrukturen von Parteiorganisationen und den diese konstituierenden Organisationseinheiten. Ein solches Vorgehen wird für unerlässlich gehalten, zumal der inneren Ordnung der Parteien hier eine Klammerfunktion zukommt, die auch die innerparteiliche Willensbildung umfasst.⁷⁷ Zuvorderst werden jedoch mit der Beschreibung der verfassungsrechtlichen Aspekte innerparteilicher Demokratie und der Darstellung des formalen Organisationsaufbaus der Parteien zwei weitere Rahmenbedingungen innerparteilicher Willensbildung und Entscheidungsfindung erläutert.

⁷² Vgl. Wiesendahl: Parteien in Perspektive, 1998, S. 234.

⁷³ Wiesendahl: Parteien in Perspektive, 1998, S. 234.

⁷⁴ Vgl. Wiesendahl, Parteien, 2006, S. 108.

⁷⁵ Wiesendahl, Parteien, 2006, S. 108.

⁷⁶ Vgl. Wiesendahl, Parteien, 2006, S. 108 f.

⁷⁷ Schmid, Josef / Zolleis, Udo: Zwischen Anarchie und Strategie. Der Erfolg von Parteiorganisationen, in: Schmid, Josef (Hrsg.): Zwischen Anarchie und Strategie. Der Erfolg von Parteiorganisationen, 1. Auflage, Wiesbaden 2005, S. 9-21., hier: S. 9.

2.2.4.1 Verfassungsrechtliche Aspekte innerparteilicher Demokratie

Wie in den meisten parlamentarischen Demokratien spielen die Parteien auch in Deutschland eine zentrale Rolle im politischen Prozess.⁷⁸ Basierend auf den Erfahrungen der Weimarer Republik hat man sich nach 1945 gerade in Deutschland darum bemüht, der Bedeutung der Parteien auch verfassungspolitisch Rechnung zu tragen. So genießen die Parteien, verfassungsrechtlich durch Artikel 21 GG abgesichert, in ihrer Funktion als Mittler zwischen Staat und Gesellschaft eine privilegierte Stellung gegenüber anderen Organisationen und/oder Vereinigungen.⁷⁹ Artikel 21 GG weist die Parteien als wesentliche Faktoren bei der politischen Willensbildung des Volkes aus.⁸⁰ Ableitend aus den Bestimmungen der Verfassung ergeben sich für die Parteien sowohl Rechte als auch Pflichten.⁸¹ An die Binnenstrukturen der Parteien werden nach Artikel 21 Abs. 1 Satz 3 GG den zentralen Verfassungsprinzipien nachkommend folgende Ansprüche gestellt: Die innere Ordnung der Partei muss demokratischen Grundsätzen entsprechen. Das so ausgesprochene Gebot zur innerparteilichen Demokratie muss als selbstverständliche Konsequenz der Funktion der Parteien, die politische Mitwirkung der Bürger an der Bildung der Parlamente zu organisieren, verstanden werden.⁸² Da in der repräsentativ-parlamentarischen Demokratie die Wahlen zu den Parlamenten nach demokratischen „Spielregeln“ ablaufen müssen, kann eine freie und effektive Mitbestimmungsmöglichkeit der Bürger als Basis des politischen Prozesses nur gesichert sein, wenn die „innere Ordnung“ der Parteien ebenfalls demokratisch konzipiert ist. Nur so ist gewährleistet, dass die tatsächliche Gewalt vom Volk ausgeht und damit die politische Herrschaft legitimiert ist.⁸³ Als Kernpostulat für die Generierung innerparteilicher Demokratie gilt das Prinzip der innerparteilichen Willensbildung von unten nach oben, mithin von der Basis zur Parteispitze; ausschließlich so ist gewährleistet, dass sich die Parteiführung nicht verselbstständigt.⁸⁴ In Ausführung des Regelungsauftrages von Artikel 21 Abs. 3 GG ist das Gesetz über die deutschen Parteien ergangen (PartG).⁸⁵ Zusammenfassend kann aus den allgemeinen Bestimmungen (§§ 1-5) des Parteiengesetzes und den in Abschnitt zwei festgelegten Bestimmungen zur inneren Ordnung (§§ 6-16) der Parteien folgende Definition für den Begriff der innerparteilichen Demokratie abgeleitet werden:

⁷⁸ Vgl. Rudzio, Wolfgang (Hrsg.): Das politische System der Bundesrepublik Deutschland, 7., aktualisierte und erweiterte Auflage, Wiesbaden 2006, S. 93.

⁷⁹ Vgl. Merten: Rechtliche Grundlagen der Parteiendemokratie, 2007, S. 80.

⁸⁰ Vgl. Merten: Rechtliche Grundlagen der Parteiendemokratie, 2007, S. 79.

⁸¹ Vgl. Merten: Rechtliche Grundlagen der Parteiendemokratie, 2007, S. 79.

⁸² Vgl. Merten: Rechtliche Grundlagen der Parteiendemokratie, 2007, S. 87.

⁸³ Vgl. Merten: Rechtliche Grundlagen der Parteiendemokratie, 2007, S. 87.

⁸⁴ Vgl. Merten: Rechtliche Grundlagen der Parteiendemokratie, 2007, S. 87.

⁸⁵ Merten: Rechtliche Grundlagen der Parteiendemokratie, 2007, S. 83.